

Resolution

Jahresthema des Bundeselternrats für 2014: Gesunde Schule

Herbstplenartagung, 21.-23. November 2014 in Potsdam

Umgang miteinander – Gewaltprävention

Alle Formen von Gewalt, sowohl physisch als auch psychisch, beeinträchtigen das Aufwachsen unserer Kinder in erheblichem Maße. Familien, Kitas und Schulen sollen gewaltfreie Räume sein. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiches Lernen und eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung. Gewalt entsteht unter anderem dort, wo Toleranz und Akzeptanz fehlen. Diese Grundwerte müssen vom Elternhaus bis zum Schulabschluss kontinuierlich vermittelt werden. Kitas und Schulen haben als Institutionen die besondere Aufgabe, für Schutz und Hilfen zu sorgen. Dabei ist respektvoller Umgang miteinander entscheidend. Dies stärkt das Selbstwertgefühl der Kinder und beugt Gewalttaten vor.

Gewaltprävention ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu gehört auch die Betreuung und Unterstützung der Opfer von Gewalt.

Maßnahmen und Material zur Prävention und zum Konfliktmanagement sollen zielgruppenorientiert und barrierefrei aufbereitet sein, zum Beispiel in leichter Sprache, in Fremdsprachen, in Blindenschrift, abgestimmt auf nicht sprechende Menschen und anderes mehr. Für behinderte Kinder sind besondere Kenntnisse zum Erkennen eines Missbrauchs oder einer Gewalterfahrung erforderlich, je nach Art der Behinderung.

Gewalt an Schulen steht immer häufiger im Zusammenhang mit dem Missbrauch moderner Medien. Art und Qualität der Taten fallen unterschiedlich aus, keine Schulform ist ausgenommen. Gewaltpräventionsprogramme in Schulen erweisen sich als wirksame Instrumente, wenn sie frühzeitig und konsequent angewandt werden. Dabei wird die Sensibilität für Konflikte in allen Gruppen geschärft, damit die Schule ein Kompetenzort ist und kein Tatort wird.

Der Bundeselternrat fordert:

- Gewaltprävention muss in der Familie beginnen und verbindlich und kontinuierlich bis zum Schul- oder Berufsabschluss durchgeführt werden. Dies darf nicht nur in isolierten Projekten geschehen, sondern muss aufbauend erfolgen.
- Lehr- und Fachkräfte müssen in die Lage versetzt werden, bereits erste Anzeichen von Gewalt zu erkennen und dieser zeitnah und konsequent entgegenzuwirken.
- Die besondere Gefährdung von behinderten Menschen muss in den Blick genommen werden.
- Eltern, Kinder, Lehrkräfte und Schulleitungen müssen altersgerechten Zugang zu Informationen, Hilfen und Angeboten zum Kompetenzerwerb erhalten. Dafür brauchen wir regionale Netzwerke.
- Als Grundlage der Gewaltprävention müssen Werte wie Toleranz und gegenseitige Achtung vermittelt werden. Alle Erwachsenen müssen hier Vorbild sein.
- Bewährte Präventionsmaßnahmen müssen dauerhaft und flächendeckend von Bund und Ländern finanziert und in allen Schulen verankert werden. Die Zusammenarbeit mit externen Fachleuten ist dabei ausdrücklich eingeschlossen.
- Schulen, Jugendämter und andere staatliche Institutionen müssen stärker kooperieren.
- Schulsozialarbeit muss an allen Schulen präsent sein.

Gewalterfahrungen belasten Menschen und Gesellschaft in hohem Maße. Damit wir weder Täter noch Opfer werden, müssen alle der Anwendung von Gewalt vorbeugen. Dies gelingt in einer Kultur der Anerkennung und Unterstützung, des Hinschauens und Handelns.

Potsdam, 23. November 2014